

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 03
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Rudolf Dreßler MdB, Vorsitzender des AfA-Bundesausschusses, beschreibt, wie in der Ausländerpolitik Verwirrung, Täuschung und falsche Hoffnungen grassieren: Die Wende.
Seite 1

Günther Jansen MdB schildert, wie sich die SPD Schleswig-Holsteins auf den Regierungswechsel vorbereitet: Schlüssige Konzepte.
Seite 3

Inge Wettig-Danielmeier und Christine Schmarsow berichten über eine AsF-Veranstaltung mit Gewerkschafterinnen und Wissenschaftlern: Werkstattgespräch zur Arbeitszeitverkürzung.
Seite 6

Rudolf M. Strahm zur Erinnerung an den Basler Friedenskongreß 1912: Brücke zwischen Arbeiter- und Friedensbewegung.
Seite 8

37. Jahrgang / 208

2. November 1982

Die Wende

In der Ausländerpolitik Verwirrung, Täuschung, falsche Hoffnungen

Von Rudolf Dreßler MdB

Vorsitzender des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Die Wende in der Ausländerpolitik ist gelungen. Die konservativ-liberale Bundesregierung ist noch keine vier Wochen im Amt und schon hat sie es geschafft, das mühsam erworbene Vertrauen in eine realistische und für viele akzeptable ausländerpolitische Konzeption zu zerstören. Stattdessen gibt es Verwirrung bei ausländischen Arbeitnehmern, bei der deutschen Bevölkerung, aber auch die betroffenen ausländischen Regierungen - NATO-Partner wie die Türkei - schauen irritiert nach Bonn und sehen sich gezwungen, um Verständnis für ihre Landsleute in Deutschland zu werben. Was hat die neue Bundesregierung vor? Allenthalben wächst die Unsicherheit.

Statt ein Konzept vorzulegen, wird eine Kommission gegründet. Und das, obwohl die Ausländerpolitik eines derjenigen innenpolitischen Themen der Koalitionsvereinbarung war, das nicht ausgespart beziehungsweise Herrn Zimmermann per Blankoscheck überlassen wurde.

Die neue Koalition hat für die Ausländerpolitik kein Konzept - aber sie redet davon, das dies eine der wichtigsten Aufgaben der Übergangsregierung sei. Sie redet unentwegt von Prämien für diejenigen ausländischen Arbeitnehmer, die die Bundesrepublik verlassen wollen. Die Betroffenen werden bewußt oder unbewußt getäuscht. Alle Bemühungen, die für mehr Toleranz untereinander werben, werden gemaßelt. Aber auch dem deutschen Bürger wird ein grausames Schauspiel unter dem Motto "Wir schaffen die Ausländer raus" vorgespielt. Dabei schweigt man sich wohlweislich über die Kosten der Realisierung aus. Entweder haben die Verantwortlichen dies noch nicht durchgerechnet - wie vieles andere vorher auch -, oder man weiß genau, daß die geplante "Ab-



schiebepremie" gar nicht zu bezahlen ist, es sei denn, die Neuverschuldung des Bundes steigt noch um ein Vielfaches höher als die jetzt schon veranschlagten 41,5 Milliarden Mark. Oder will man dieses Geld auch noch bei den Arbeitnehmern, Rentnern, Arbeitslosen und Kranken einsparen?

Die Bundesregierung weckt bei den ausländischen Mitbürgern falsche Hoffnungen. Das zerstört eine auf Vertrauen zwischen den Menschen und Regierungen aufgebaute realistische Ausländerpolitik. Was die Bundesrepublik Deutschland braucht, ist ein klares Konzept der Bundesregierung in der Ausländerpolitik. Und nicht erst nach der Bundestagswahl am 6. März, sondern heute. Die Ausländerpolitik eignet sich nicht zum Wahlkampfthema. Das SPD-geführte Bundesarbeitsministerium hatte im Sommer dieses Jahres ein solches Konzept vorgelegt. Es hat darüber auch vertrauensschaffende Gespräche mit den betroffenen ausländischen Regierungen geführt. Im Interesse der deutschen Bevölkerung, im Interesse der ausländischen Mitbürger und im Interesse der internationalen Zusammenarbeit muß die Bundesregierung, muß die neue Leitung des Arbeitsministeriums dieses Konzept in politisches Handeln umsetzen, damit jeder Betroffene wieder weiß, woran er ist.

Der Anwerbestop muß genauso erhalten bleiben wie auf der anderen Seite alles getan werden muß, damit die hier lebenden Ausländer, die in der Bundesrepublik bleiben wollen, eine faire Chance zur Integration erhalten. Es ist unabdingbar, daß der Familienzuzug nicht der Willkür der Behörden überlassen werden darf. Neben dem Schutz der Familie muß dabei vor allem das Wohl der Kinder berücksichtigt werden. Deshalb müssen die Eltern in der Überlegung unterstützt werden, ob sie ihre Kinder nach Deutschland holen wollen oder nicht. Denn nur die Kinder, die das deutsche Schul- und Ausbildungssystem durchlaufen, haben eine Chance in unserer Gesellschaft. Darüber hinaus darf die Bundesregierung den aufgenommenen intensiven Dialog mit der Türkei nicht auch noch in das Pausengerede einbeziehen. Es müssen deshalb unverzüglich mit der türkischen Regierung Verhandlungen in Gang gesetzt werden, die so schnell wie möglich klar machen, daß der Assoziationsvertrag mit der Türkei keine Freizügigkeit türkischer Erwerbspersonen in die Bundesrepublik erlaubt.

Nur wenn die konservativ geführte Bundesregierung es schafft, die nötige Klarheit in der Ausländerpolitik wieder herzustellen, kann dieses innenpolitische Thema gelöst werden, kann aufkeimende Ausländerfeindlichkeit unterbunden werden. Wer aber stattdessen Verwirrung schafft und falsche Hoffnungen bei allen weckt, wer statt eines Konzepts nur eine Kommission und Sprüche vorzuweisen hat, schafft Unsicherheit und schürt Ausländerfeindlichkeit, ob er will oder nicht. Nach knapp vier Wochen scheint auch in der Ausländerpolitik die Wende gelungen zu sein. (-/2.11.1982/ks/ca)

+ + +



Schlüssige Konzepte

Schleswig-Holsteins SPD setzt auf den Regierungswechsel in Kiel

Von Günther Jansen MdB

Landesvorsitzender der SPD in Schleswig-Holstein

Mit dem 1. Oktober 1982 hat sich in der Bundesrepublik mehr vollzogen, als nur ein Machtwechsel im Parlament. Was Kohl und Genscher einen normalen demokratischen Vorgang nennen, was bei den Bürgern den faden Nachgeschmack der Unlauterkeit hinterläßt und was bei den Sozialdemokraten Zorn und Traurigkeit verursacht, das ist nicht mehr und nicht weniger als der Schlußstrich unter eine historische Epoche. 16 Jahre sozialliberale Politik, Hoffnung auf Reformen, auf Solidarität, Gerechtigkeit und Friedenssicherung, Ausgleich gegenüber dem Osten und trotz weltweiter Wirtschaftskrise relativer Wohlstand und relativer sozialer Frieden. Die Bilanz ist so schlecht nicht, als viele sie empfunden haben, während wir noch dabei waren, sie zu gestalten. Und keiner ist geeigneter, als Helmut Kohl und sein Karrieristen-Kabinett, die Leistung Helmut Schmidts nachträglich ins linke Licht zu setzen.

Bei einem Teil der Studenten zum Beispiel, die auf ihren BAföG-Konten den Unterschied zwischen einer SPD- und einer CDU-geführten Bundesregierung sehr praktisch kennenlernen, den sie auf Flugblatt-Texten so leichtfertig verleumdeten.

Bei vielen Rentnern, die der scheinbaren Sachkompetenz eines Gerhard Stoltenberg und dem Müntelchen christlicher Nächstenliebe eines Norbert Blüm und Helmut Kohl auf den Leim gehen sollen und sehr schnell merken werden, wieviel Mark und Pfennig sie in bar und im voraus für jene Garanten der Marktwirtschaft - die Unternehmer hinblättern müssen, die ihr Alter vorzugsweise auf den Bahamas sichern. Auch bei vielen Umweltschützern und Kernkraftgegner, denen Helmut Schmidt schon als Atom-Lobbyist erschien, wird das Kabinett-Kohl-Stoltenberg beweisen, daß der strahlenden Zukunft schneller und bedenkenloser entgegengeeilt werden kann, als wir Deutsche je Strom verbrauchen können. Und schließlich und am schlimmsten bei vielen Bürgern in der Friedensbewegung, denen schon unsere Politik zu technokratisch war, und die nun mit uns erleben werden, wie aus Friedenspolitik ein Abzählvers für Raketengeneräle wird.

Und dennoch: Über die Trauer einer verlorenen sozialliberalen Partnerschaft, über die Zweifel an der hinterhältigen Art des Machtwechsels und über die Angst vor den konservativen Rückschlägen in allen Politikbereichen gibt es für viele Sozialdemokraten einen Hoffnungsschimmer, der uns durch die Hessenwahl fast leuchtend in die Augen sticht: Die Zuversicht, daß alle jene Zeitgenossen Unrecht behalten werden, die uns von nun an in einer mindestens zwanzigjährigen Opposition gesehen haben. Und so gut ich Herbert Wehners Traurigkeit verstehen kann, ergreife ich doch die Partei des jungen Neugenossen in Kiel, der unmittelbar nach der Wahl Kohls in die SPD eintrat und sagte: Jetzt erst recht!

Vor allem in Schleswig-Holstein. Denn wir wollen die Ersten sein, die den Beweis dafür antreten, daß die sozialliberale Zukunft in Deutschland nicht kaputt ist. Durch einen Wahlsieg über eine Landes-CDU, die mit ihrem neuen Spitzenmann Uwe Barschel an konservativer Persönlichkeit verloren hat, ohne an liberaler Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Aber es sind nicht nur die äußeren, strategischen Bedingungen, die in Schleswig-Holstein die Startblöcke für eine neue, starke Sozialdemokratie in der Bundesrepublik setzen. Begünstigt durch die Freiräume, die eine langjährige Oppositionspartei naturgemäß hat, gefördert aber auch durch politische Persönlichkeiten vom Range eines Egon Bahrs, Klaus Matthiesen, Björn Engholms und auch Kurt Hamers oder Jochen Steffens, haben die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein früher, unbefangener, intensiver und nicht zuletzt sachgerechter nach neuen Antworten auf neue ökologische, ökonomische und friedenssichernde Antworten gesucht, als die Gesamtpartei. Herausgekommen sind schlüssige Konzepte, und - was wir uns besonders hoch anrechnen dürfen - eine Diskussions- und Arbeitsform, die solidarischer mit gegensätzlichen Meinungen umgeht, als der Stellenwert der Probleme vermuten läßt.



Die "Grünen" müssen noch dazulernen!

Den Kredit, den wir uns in den letzten Jahren durch unsere politische Arbeit bei vielen Mitbürgern zum Teil auch gegen Widerstand aus Bonn, aus der eigenen Partei und zum Teil auch gegen unsere Bündnispartner in den Gewerkschaften erstritten haben, den dürfen wir jetzt allerdings auch nicht verspielen. Und er wäre verspielt, wenn wir jetzt aus Machtopportunismus - weil man ja Prozente zusammenrechnen kann - die Auseinandersetzung mit den "Grünen" unterläßt, die man zuvor mit gewichtigeren gesellschaftlichen Gruppen um der Sache willen geführt hat. Tatsächlich nämlich gehen die "Grünen" mit vielen Themen, die uns in der Vergangenheit bewegt haben und uns noch bewegen ebenso leichtfertig und spielerisch um, wie manche Politiker, die interessegebunden in der Vergangenheit Entscheidungen im Allgemeininteresse verhindert haben. Kernenergie zum Beispiel wird durch ein Aktienpaket, das jemand bei der Hamburgischen Electricitäts Werken (HEW) oder der Nordwestdeutschen Kraftwerke (NWK) hat nicht sicherer und auch nicht sinnvoller, aber Energiepolitik kann man schon gar nicht mit Überschriften auf Plakaten machen. Und ich sehe keinen Unterschied zwischen der falschen Parole Gerhard Stoltenbergs, der den Menschen weismacht hatte, daß ohne Brokdorf bis 1985 die Lichter ausgehen, und der falschen Parole der "Grünen", die den Menschen weismachen, daß ihre Anwesenheit im Parlament dazu führen wird, daß Brokdorf bis 1985 wieder eine Wiese wäre.

Wenn jemand neue Weichenstellungen in der Politik - und nicht nur in der Energiepolitik - vornehmen kann, dann ist es eine neue Regierung mit einem Ministerpräsident Björn Engholm im Verbund mit einer starken, selbstbewußten SPD in Schleswig-Holstein. Und Ministerpräsident wird Björn Engholm zuallererst durch eine überzeugende Politik und überzeugende Personen, die diese Politik tragen. Deswegen können weder er noch wir uns wünschen, daß diese neue Politik auf Taktik aufgebaut ist. Und eine solche Politik ist nicht numerischen Mehrheiten machbar, sondern setzt inhaltliche Gemeinsamkeit voraus! Also nicht Prozente zusammenzählen, sondern gemeinsame Ziele und Möglichkeiten von gemeinsamen Wegen: Unter der unabdingbaren Vorbedingung der Einhaltung demokratischer Spielregeln.

Gemeinsame Perspektive mit Ronneburgers Liberalen

Unter diesen Bedingungen sehe ich nach wie vor die Liberalen in Schleswig-Holstein und Karl-Otto Meyer mit dem SSW als verlässliche Verbündete für eine Ablösung der CDU in diesem Land. Da sind gemeinsame Ziele, wie Chancengleichheit im Bildungswesen, Umwelt-Erhalt oder engagierter Einsatz für die Bürgerrechte. Da ist Erfahrung in die Verlässlichkeit parlamentarischer und parteipolitischer Zusammenarbeit. Und da ist Fairneß im Umgang miteinander. Das stelle ich im Wissen um die Probleme fest, die auf die FDP Schleswig-Holstein durch den Genscher-Schwenck zukommen. Gerade weil Uwe Ronneburger, Neithardt Neitzel und andere, ihren Bonner Parteifreunden viel deutlicher und risikoreicher gegen das Schienbein getreten haben als wir jemals in unserer wahrlich nicht stromlinienförmigen politischen Vergangenheit, haben wir auch dann die moralische Verpflichtung der Aufrechterhaltung einer gemeinsamen Perspektive, wenn alle Prozentrechnungen dieser Welt uns davon eigentlich abhalten sollten. Nicht nur aus Dankbarkeit für aufrechten Gang, sondern aus der grundsätzlichen Einsicht, daß moralische Qualität auch eine politische Qualität ist, und wir Sozialdemokraten die Letzten sind, die diese Qualität zur Antiquität verkommen lassen dürfen.

Das ändert nichts an unserer Aussage, daß wir das Primat des Wählers politisch ernst nehmen und grüne Gruppierungen in Parlamenten als den politischen Willen einer starken



Minderheit der Bürger akzeptieren, neue Formen und neue Inhalte in verkrusteten Bürokratien und in schiefgelaufenen politischen Entwicklungen durchzusetzen. Aber die Probleme zu beschreiben, sie zu plakatieren und in griffige Forderungskataloge einzubetten ist die eine Seite. Die andere Seite heißt: Mit der Einsicht der Mehrheit der Bürger diese neue Politik in den Apparaten der häufig nicht von uns bestimmten Machtstrukturen durchzusetzen. Und diese beschwerlichere Seite der Politik überlassen grüne Mandatsträger nur allzugern den Sozialdemokraten. Sozusagen als Räumkommando des Schutts, den dieses System, produziert.

Aber wer mit uns zusammen etwas Neues aufbauen will, der muß sich auch darüber Gedanken machen, wie er dem eleganten Schwung seiner Skizze die notwendige Statik verleiht. Großflughafen Kaltenkirchen, Eindeichung der Nordstrander Bucht oder Kernkraft in Brokdorf sind Probleme, die niemand mit Federstrichen lösen kann. Und wer das vorgibt, demgegenüber sind Zweifel erlaubt, ob er der politischen Knochenarbeit gewachsen sein will, die diese Problemlösungen wirklich im Interesse der Bürger erfordern.

Friedenssicherung, technische Großprojekte, soziale Gerechtigkeit und gleiche Bildungschancen sind Themen, mit denen wir Sozialdemokraten uns ungefähr 100 Jahre länger beschäftigen, als jene, die heute mit griffigen Schlagzeilen und knapp acht Prozent unzufriedener Bürger die Welt aus den Angeln heben wollen. Und es sind Themen, mit denen wir Sozialdemokraten uns leidenschaftlicher und verlustreicher an staatlicher Macht wunden gestoßen haben, als alle anderen politischen Gruppierungen in diesem Land. Diese Tradition verpflichtet uns, der Resignation gegenüber der Kohl-Genscher-Stoltenberg-Wende eine Absage zuerteilen, und sie verpflichtet uns, aus der geschichtlichen, wie aus der aktuellen Erfahrung, tagespolitische Bündnisse nur dann einzugehen, wenn die Identität und die politische Durchschlagskraft der Sozialdemokraten dadurch nicht mißbraucht wird.

(-/2.11.1982/ks/ca)

+ + +



Werkstattgespräch zur Arbeitszeitverkürzung

ASF diskutierte mit Gewerkschafterinnen und Wissenschaftlern

Von Inge Wettig-Danielmeier und Christine Schmarsow

Massenarbeitslosigkeit, die wachsende Arbeitsplatznot auch gut ausgebildeter Jugendlicher und die insgesamt extrem schlechten Beschäftigungschancen von Frauen zwingen zu einem offensiven Vorgehen aller Verantwortlichen. In einer generellen Verkürzung der Lohnarbeitszeit sieht die ASF den entscheidenden Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zur Sicherung von Arbeitsplätzen für Frauen und Männer gleichermaßen.

Für die ASF hat die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit Vorrang. Die Beschlüsse der IG Metall und des Tarifpolitischen Ausschusses des DGB zur 35-Stunden-Woche weisen in dieselbe Richtung.

Die ASF unterstützt deshalb die Position der IG Metall, die auch dem Einsatz der dort tätigen Frauen mit zu verdanken ist, und appelliert an andere Gewerkschaften, diese Linie aufzunehmen.

Auf Einladung des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) trafen sich am vergangenen Wochenende in Bonn rund 40 Vertreterinnen und Vertreter der Bundesvorstände verschiedener Einzelgewerkschaften und des DGB sowie aus Forschungsinstitutionen, um zusammen mit den SPD-Politikerinnen über Fragen der Arbeitszeitverkürzung zu diskutieren.

In intensiver, teils kontroverser Diskussion wurden die Vor- und Nachteile der verschiedenen Formen von Arbeitszeitverkürzung erörtert. Dabei zeigte sich unter anderem, daß die etablierte Arbeitszeitforschung Zusammenhänge, die aus der Lebens- und Sozialsituation von Frauen resultieren, bisher nur unzulänglich aufgearbeitet und in ihre Modelle einbezogen hat.

Die ASF wird die Ergebnisse der Tagung veröffentlichen und daraus politische Forderungen an Gesetzgeber, Gewerkschaften und Wissenschaft ableiten.

Breiten Raum nahmen die unterschiedlichen Bewertungen der arbeitsmarktpolitischen und gesellschaftlichen Wirkungen von genereller Arbeitszeitverkürzung (bei Tages- und



Wochenarbeitszeit) einerseits und von weiteren Schritten zur Flexibilisierung der Arbeitszeit (zum Beispiel job-sharing) andererseits ein. Aus frauenpolitischer Sicht müssen massive Bedenken gegen die Strategie weiterer Flexibilisierung vorgetragen werden: Sie birgt die Gefahr der Entsolidarisierung der Arbeitnehmerschaft in sich; sie verfestigt die geschlechtsspezifische Teilung des Arbeitsmarktes zuungunsten von Frauen und fördert ihre Ausgrenzung in Randbereiche; sie trägt nichts bei zum Abbau der herkömmlichen Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen in Beruf und Familie; und sie führt vor allem nicht zu mehr Arbeitsplätzen, weil Voraussetzung und Wirkung flexibler Zeitregelungen eng mit Rationalisierung und Leistungsverdichtung verknüpft sind.

Für die SPD-Politikerinnen ist es dabei kein Widerspruch, eine weitere Flexibilisierung von Arbeitszeit abzulehnen und gleichwohl im Interesse der heute schon von solchen Formen betroffenen Frauen zu fordern, daß zum Beispiel Teilzeitarbeit in gleicher Form sozialrechtlich abgesichert wird wie Vollzeitarbeit. Ebenso müssen Frauen an innerbetrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen der jeweiligen Arbeitszeit stärker beteiligt werden.

Einigkeit herrschte darüber, daß für Frauen auch bei der Priorität für die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit Schritte zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit wichtig sind, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern und um die Beschäftigungswirkungen zu steigern. Dazu gehören zum Beispiel die allgemeine Pflichtbildungszeit von zehn Jahren, der Bildungsurlaub und der Elternurlaub. Aus sozialen Gründen und für besonders belastete Arbeitnehmergruppen sind die Senkung der flexiblen Altersgrenze und Modelle zum gleitenden Übergang in die Rente notwendig. Nennenswerten Einfluß auf den Abbau der Arbeitslosigkeit werden sie jedoch nicht haben, da schon heute bis zur Hälfte der Beschäftigten, die in Rente gehen, aus gesundheitlichen Gründen vor dem eigentlichen Rentenalter ausscheiden. Von Seiten der Wissenschaft wurde darauf hingewiesen, daß spürbare Beschäftigungswirkungen erst dann zu erreichen wären, wenn die Altersgrenze auf 55 Jahre abgesenkt würde.

Seit 1977 setzt sich die AsF entschieden für die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit ein. Darin fühlt sie sich nach dieser Tagung, vor allem durch die klare Position der IG Metall, bestärkt. Aber auch die Ergebnisse der Wissenschaft weisen aus, daß nur von der Verkürzung der Tages- beziehungsweise Wochenarbeitszeit ein echter Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erwartet werden kann.

Die AsF fordert die Partei auf, diese Argumente aufzunehmen und endlich in der Arbeitszeitpolitik die richtigen Weichen zu stellen. Gute Gelegenheit dazu ist gegeben auf dem Arbeitsforum der SPD am 5. November 1982. (-/2.11.1982/hi/ca)

+ + +



Brücke zwischen Arbeiter- und Friedensbewegung

Basler Friedenskongreß 1912 - Basler Friedenswoche 1982

Von Rudolf H. Strahm
Zentralsekretär der SP Schweiz

Am 24./25. November 1912 war die Stadt Basel für kurze Zeit das Zentrum des Weltgeschehens.

Weit hinten tobte bereits ein Krieg und viele Europäer befürchteten einen neuen Weltbrand zwischen den Großmächten. An diesem Novemberwochenende traf sich die Sozialistische Internationale (SI) zu einem außerordentlichen Kongress in Basel. In einer denkwürdigen und von der ganzen Welt beachteten Friedensmaifestation versuchten die Führer der alten Arbeiter-Internationale ein letztes Mal, den Krieg abzuwenden. Alle Namen der Arbeiterbewegung waren an diesem Kongress vertreten. Namen, die wir heute in den Geschichtsbüchern lesen: August Bebel, Victor Adler, Jean Jaurès, Clara Zetkin, Herman Greulich, Plechanov und einige Dutzend weiterer Arbeiterführer aus West und Ost.

Das Versprechen, das sie sich im Basler Münster gaben, nämlich in keinem Land die Kriegsmaschinerie und Kriegskredite zu unterstützen, konnte nicht verwirklicht werden. Zwei Jahre später entbrannte trotzdem der grausame Krieg.

Der Friedenskongreß von Basel war die letzte Zusammenkunft der alten Internationale, in der Sozialdemokraten und "heutige" Kommunisten noch zusammen vereint waren.

In diesem November 1982 jährt sich also zum siebzigsten Male dieses Ereignis. Auch 1982 ist ein denkwürdiges Jahr. Denn seit dem Zweiten Weltkrieg war die Kriegsgefahr und die Destabilisierung noch nie so drohend gewesen wie heute.

Die Sozialdemokratische Partei (SPS), der Gewerkschaftsbund (SGB) werden zusammen mit der Sozialistischen Internationale in Basel in der Woche vom 2. bis 6. November 1982 des Basler Friedenskongresses gedenken. Am 3. und 4. November wird in Basel die Bürositzung der Sozialistischen Internationale stattfinden, und einen Tag später die Konferenz der Sozialistischen Frauen-Internationale. SPS und SGB planen für diese Woche zusammen mit der Basler SP und dem Basler Gewerkschaftskartell verschiedene Anlässe. Ein Gedenkkakt im Basler Münster ist vorgesehen, ein ein großes internationales Konzert, zu dem Joan Baez, Hanns Dieter Hüsch und andere bereits ihre Zusage erteilt haben. An der Universität wird ein Seminar für Historiker und Friedensforscher zum Thema "Friedenspolitik 1912 und 1982" organisiert werden, und die Basler Theater werden ebenfalls einen Beitrag leisten.

Die Arbeiterbewegung ist immer auch eine Friedensbewegung gewesen, selbst wenn ihre Mittel oft nicht zur Kriegsverhinderung ausreichten.

Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, aus der modernen Friedensforschung und von der Friedensbewegung kann man gleichermaßen lernen. Die Basler Friedenswoche vom November 1982 wird Gelegenheit geben, diese Brücke zwischen Arbeiterbewegung und Friedensbewegung erneut zu bauen und zu festigen.
(-/2.11.1982/ur/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

